13

Außerordentliche Ministerratssitzung Montag, 19. Januar 1948

Beginn: 16 Uhr 20 Ende: 17 Uhr 30

Anwesend: Ministerpräsident Dr. Ehard, Stv. Ministerpräsident Dr. Müller, Innenminister Dr. Ankermüller, Kultusminister Dr. Hundhammer, Finanzminister Dr. Kraus, Wirtschaftsminister Dr. Seidel, Arbeitsminister Krehle, Sonderminister Dr. Hagenauer, Staatsminister Dr. Pfeiffer, Staatssekretär Dr. Schwalber (Innenministerium), Staatssekretär Fischer (Innenministerium-Bauabteilung), Staatssekretär Jaenicke (Innenministerium), Staatssekretär Dr. Lacherbauer (Justizministerium), Staatssekretär Dr. Müller (Finanzministerium), Staatssekretär Dr. Grieser (Arbeitsministerium), Staatssekretär Geiger (Wirtschaftsministerium), Staatssekretär Sedlmayr (Verkehrsministerium), Staatsrat Niklas (Landwirtschaftsministerium).[1]

Entschuldigt: Verkehrsminister Frommknecht, Staatssekretär Dr. Sattler (Kultusministerium), Staatssekretär Sühler (Landwirtschaftsministerium).

Tagesordnung: I. Ernährungslage. II. Kräutergarten Dachau.

I. Ernährungslage

Ministerpräsident *Dr. Ehard* eröffnet die Sitzung und berichtet, am Samstag Abend sei er vom Präsidenten des Bayer. Gewerkschaftsbundes[2] angerufen worden, der ihm mitgeteilt habe, daß der Gewerkschaftsbund Beschlüsse gefaßt habe, in denen er gewisse Forderungen erhebe. Dieser Beschluß sei inzwischen auch schriftlich mitgeteilt worden. Die Situation sei so, daß der Kürzung der Fettration für die 110. Periode zugestimmt worden sei. Er sei sich mit dem Präsidenten und einigen Leuten des Gewerkschaftsbundes darüber einig, daß dies eine schwere Sache sei, die man aber mit Rücksicht auf die Notlage in Nordrhein-Westfalen machen müsse.[3] Trotz gegenteiliger Weisung von Frankfurt werde er das Fleisch für die 3. und 4. Woche ausgeben lassen und außerdem Fett für Kantinenversorgung. Hagen habe ihn dann befragt, was mit den Zulagen sei, ob diese auch gekürzt würden. Er habe dies bejaht, soweit es das Fett betreffe. Nun sei die Sache so, daß die Gewerkschäften zwar nichts dagegen hätten, daß die Fettzuteilung der Normalverbraucher gekürzt werde, wohl aber seien sie gegen eine Kürzung der Zulagen.[4] Ministerpräsident Dr. Ehard verliest hierauf das Schreiben des Bayer. Gewerkschaftsbundes vom 17. Januar 1948.[5] Hagen habe ihm das auch telefonisch

1 Der Staatsminister des Innern, Dr. Ankermüller, fehlt in der Anwesenheitsliste. Seine Teilnahme an diesem Ministerrat ergibt sich jedoch aus mehreren Redebeiträgen.

2 Lorenz Hagen; zu seiner Person s. Nr. 7 TOP I.

3 Vgl. Nr. 12 TOP III.

4 Der im Registraturexemplar an dieser Stelle folgende Satz: „In Wirklichkeit hätten die Gewerkschaften die Betriebsräte und radikalen Richtungen nicht mehr in der Hand“ wurde von MPr. Ehard hs. gestrichen (StK-MinRProt 10).

5 "Der Bayerische Gewerkschafts-Bund gibt bekannt: Der Bundesvorstand des Bayerischen Gewerkschafts-Bundes und die Landesvorsitzenden der Industriegewerkschaften Bayerns haben in einer gemeinsamen Sitzung am 17. 1. 1948, nach Bekanntwerden der Erklärung des Bayerischen Ministerpräsidenten, Herrn Dr. Ehard, zur Ernährungslage Stellung genommen. Die Wirksamkeit des Bayerischen Gewerkschafts-Bundes konnte den Zusammenbruch der Ernährungswirtschaft in anderen Teilen der Bizone nicht verhindern. Der Kürzung der Fettration in der 110. Periode hat die Bayerische Staatsregierung zugestimmt. Die Zustimmung der britischen und amerikanischen Kontrollbehörde in Frankfurt zu dieser Kürzung liegt bis zur Stunde noch nicht vor. Ein Akt der Solidarität unsererseits wird ein Massensterben an der Ruhr verhindern. Die Situation verpflichtet uns, eine Generalbereinigung in kürzester Frist zu erzwingen. Am 20. 1. 1948 tagt der bizonale Gewerkschaftsrat. Wir werden ein gemeinsames Handeln im Gesamtbereich der Bizone zu erwirken trachten. Am 22. 1. 1948 tritt der Bundesausschuß des Bayerischen Gewerkschaftsbundes zusammen, um die erforderlichen Maßnahmen zu beschließen. Der Bayerischen Staatsregierung wurden folgende Forderungen zur sofortigen Verwirklichung unterbreitet: 1. Restlose Erfassung der gesamten Erzeugung von Nahrungsmitteln unter Zugrundelegung eines den Bedürfnissen des Gesamtvolkes gerecht werdenden Erfassungssystems. 2. Restlose Erfassung aller industriellen und gewerblichen Güter für den täglichen Bedarf. 3. Gerechte Verteilung der erfaßten Nahrungsmittel und Gebrauchswaren unter verantwortlichen Kontrollen der Verbraucher. 4. Sofortige Schließung sämtlicher Luxusgaststätten und Schlemmerlokale. 5. Einweisung aller asozialen Elemente in Arbeitslager. 6. Sofortige Verhaftung aller Wirtschaftsverbrecher und Aburteilung vor Schnellgerichten unter Anlegung strengster Maßstäbe. In schweren Fällen ist als Norm auf Enteignung des gesamten Besitzes zu erkennen. 7. Staatsregierung und Landtag werden aufgefordert, die etwa erforderlichen gesetzlichen Voraussetzungen in kürzester Frist zu schaffen. Die bayerische Staatsregierung wird gebeten, ihre Stellungnahme zu den vorstehenden Forderungen bis Donnerstag, den 22. 1. 1948 vormittags 10

schon durchgegeben. Er habe ihm hierauf schon am Telefon erwidert, was die Erfassung anlange, hätten wir selbst das größte Interesse, daß diese richtig geschehe. Das Erfassungssystem im Augenblick zu ändern, sei ganz unmöglich. Im übrigen würden in Bayern die weitaus schärfsten Erfassungsmethoden angewendet in sämtlichen übrigen Ländern der Bizone, weiter sei im Wirtschaftsrat ein Gesetz in Vorbereitung, das sich damit befasse, eine Auskunftspflicht über Lebensmittelbestände einzuführen. Ursprünglich habe man so weit gehen wollen, daß auch jeder Privatmann eine eidesstattliche Erklärung abgeben müsse, daß er nicht mehr wie für 10 Tage Lebensmittel im Haus habe.[6] Jetzt solle die Auskunftspflicht auf Kantinen, Fabriken, Gaststätten usw. beschränkt werden. Was die Erfassung der industriellen und gewerblichen Güter für den täglichen Bedarf anlange, könnten wir von bayerischer Seite aus nur versuchen, die gehorteten Waren herauszubekommen. Verfügen könnten wir über viele überhaupt nicht, sondern bedürften hierzu einer bizonalen Anordnung. Außerdem sei eine Reihe solcher Güter in der englischen Zone in größerer Menge vorhanden als bei uns. Im übrigen habe der Wirtschaftsminister schon Anordnungen getroffen, die im Gange seien und auch schon Erfolge gezeigt hätten. Was die Nr. 3 der Forderungen betreffe, so wollten die Gewerkschaften nicht nur die Kontrolle, sondern auch die Verteilung übernehmen. In dieser Form gehe es aber nicht. Die Erzeuger und die staatlichen Stellen hätten wohl auch noch irgendetwas mitzureden. Was die Schließung der Luxusgaststätten und Schlemmerlokale[7] betreffe, so sei er auch der Meinung, daß man hier etwas tun könne und tun müsse. Die Schwierigkeit liege aber darin, daß, wenn man an ein Lokal herangehe, es sofort heiße, alle anderen, aber dieses nicht. Eine weitere Schwierigkeit sei die, daß der Nachweis einer strafbaren Handlung sehr schwer zu führen sei.

Staatsminister *Dr. Hundhammer* meint, die Gewerkschaften sollten doch diese Lokale benennen.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* fährt fort, daß nach seinen Erfahrungen die Polizei in dieser Sache nichts tue, wenn sie keine Deckung von oben bekomme. Die Einweisung der asozialen Elemente in Arbeitslager sei unmöglich, weil die Amerikaner die entsprechenden Vorschriften aufgehoben hätten.[8] Was heiße übrigens asoziale Elemente? Was die sofortige Verhaftung aller Wirtschaftsverbrecher angehe, so gelte auch hier der Spruch, daß man keinen hängen könne, bevor man ihn habe. Wenn einmal ein Exempel statuiert werden solle, erwische man bestimmt den Verkehrten. Zu Nr. 7 habe er zu bemerken, daß nunmehr dieselben Gewerkschaften, die immer behaupten, Bayern sei nicht zuständig, auf einmal umschwenkten und von der bayer. Regierung und dem Landtag den Erlaß von Vorschriften verlangten. Am unangenehmsten wirke auf ihn die Fristsetzung.[9] Tatsächlich handle es sich um ein Ultimatum, wenn ihm auch gesagt worden sei, das sei nicht so gemeint. Aber jeder müsse diese Fristsetzung so auffassen. Man werde zu dieser Sache nicht schweigen können. Er bitte zunächst, sich allgemein dazu zu äußern. Er glaube, daß man möglichst schnell eine Kundgebung herausgeben solle. Man müsse aber auch ein Positives tun und könne außerdem auf das, was bereits geschehen sei, hinweisen.

Uhr bekanntzugeben. Der Bayerische Gewerkschafts-Bund ist sich der Konsequenzen über die vorstehend aufgestellten Forderungen vollkommen im klaren. Wir hoffen zuversichtlich, daß es auch die Bayerische Staatsregierung sei. An unsere Funktionäre und Mitgliederschaft ergeht hiermit die dringende Aufforderung, keine irgendwie gearteten selbständigen Aktionen einzuleiten, sondern weitere Mitteilungen des Bundesvorstandes des Bayerischen Gewerkschafts-Bundes abzuwarten“ (StK 12986, 14741, NL Ehard 1311 und NL Müller S 9); vgl. *Müller-Ballin* S. 137f.; SZ 20. 1. 1948; *Erker*, Ernährungslage S. 203; *Ders.*, Solidarität S. 96; *Kronawitter*, Wirtschaftskonzeptionen S. 147.

6 Gemeint ist das Nothilfegesetz zur Ermittlung, Erfassung und Verteilung von Lebensmittelbeständen; vgl. dessen Entwurf: Drucksache Nr. 161 in *Wörtliche Berichte und Drucksachen des Wirtschaftsrates* Bd. 4 S. 298. Der Wirtschaftsrat beschloß das Gesetz am 23. 1. 1948; vgl. *Wörtliche Berichte und Drucksachen des Wirtschaftsrates* Bd. 2 S. 297–304; vgl. im Detail zu diesem sog. „Speisekammergesetz“ StK 30707 sowie ferner NL Ehard 1311, SZ 24. 1. 1948; NZ 25. 1. 1948; *Trittel*, Hunger S. 160–167. – Nothilfegesetz zur Ermittlung, Erfassung und Verteilung von Lebensmittelbeständen vom 23. Januar 1948 (WiGBl. S. 11). Zum Fortgang s. Nr. 16 TOP II.

7 Vgl. SZ 27. 1. 1948; Karikatur „Luxuslokale“ in: Der Simpl, III. Jg., Heft 2, Januar 1948 S. 24.

8 Als rechtliche Grundlage dienten die Verordnung Nr. 74 zur Unterbringung verwahrloster Frauen und Mädchen vom 15. April 1946 (GVBl. S. 219) und die Verordnung Nr. 75 über Arbeitserziehung vom 15. April 1946 (GVBl. S. 219); vgl. *Protokolle Hoegner* I Nr. 25 TOP III . Sie waren auf Befehl der Militärregierung am 20. 10. 1947 wieder aufgehoben worden. Vgl. dazu die Landtagsbehandlung des CSU-Antrags betr. Freimachung von Lagern zur Benützung als Arbeitslager für asoziale Elemente *(BBd.* II Nr. 871), *StB.* II S. 587ff. (16. 1. 1948), dem der Landtag einstimmig zustimmte.

9 Die Forderungen der Gewerkschaften waren mit der Aufforderung an die Staatsregierung verbunden, bis Donnerstag 22. 1. 1948, vormittags 10 Uhr, ihre Stellungnahme dazu bekanntzugeben; vgl. Anm. 5.

Staatssekretär *Sedlmayr* ist der Ansicht, daß man, so wie manche Forderungen vorgebracht würden, ohne weiteres die eigentliche Absicht erkenne, nämlich nach Möglichkeit eine Schuld der Regierung zu konstruieren. Wenn z.B. die restlose Erfassung verlangt werde, so wisse doch jeder, daß in keinem Land der Welt eine restlose Erfassung in dem Sinne überhaupt möglich sei. Auch bei dem schärfsten Erfassungssystem werde immer etwas übrig bleiben. Diese Lücken machten sich aber nicht nur die sog. „Großkopferten“ zu eigen, sondern auch die Mitglieder der Gewerkschaften in großer Zahl. Das gleiche gelte für die Erfassung der industriellen und gewerblichen Güter. Daran, daß die Gewerkschaften glaubten, noch größere Erfolge erzielen zu können, sei der Umstand schuld, daß man in der Kartoffelangelegenheit zuerst gesagt habe, es sei nichts mehr da, daß aber dann bei den Hofbegehungen noch 264000 to erfaßt worden seien.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* erklärt hiezu, in dieser Angelegenheit sei von Seiten des Landwirtschaftsministers behauptet worden, daß das Ablieferungssoll bereits hinausgegeben worden sei. In Wirklichkeit sei dies aber noch nicht geschehen gewesen. Infolgedessen steckten in dem Ergebnis der Hofbegehungen auch die normalen Ablieferungen.

Staatssekretär *Sedlmayr* fährt fort, was die sofortige Schließung der Luxuslokale anlange, so müsse klargestellt werden, was eine Luxusgaststätte sei. Er habe das Gefühl, daß z.Zt. Schlemmereien weit häufiger auf dem Lande stattfinden in Gasthöfen, die keinerlei Luxus aufwiesen. Die Gewerkschaften sollten doch sagen, welche Gaststätten sie meinten. Er glaube, daß man ganz konkrete Angaben verlangen solle. Die Gewerkschaften selbst machten gar keine Vorschläge, sondern erhöben nur allgemeine Forderungen.

Staatsminister *Dr. Seidel* äußert sich zu Punkt 2 und 3 der Forderungen.[10] Die Gewerkschaften wüßten sehr genau, daß sie hier Forderungen aufstellten, die in der Praxis schon lange durchgeführt seien. Das Bewirtschaftungssystem in der gewerblichen Wirtschaft sei so umfangreich und leider gebe es keinen Gegenstand des täglichen Bedarfs, der nicht irgendwie reglementiert sei. Aber mit solchen Bewirtschaftungsvorschriften sei es nicht getan. En scheidend sei die Kontrolle der Produktion. Hierbei sei man im wesentlichen auf die Meldungen der Produktionsbetriebe angewiesen. Nun habe man, weil man der Auffassung gewesen sei, daß diese Meldungen nicht immer stimmten, für eine Reihe von Betrieben, insbesondere der Leder-, Glas-, Keramik- und Textilindustrie Prüfungen jedes einzelnen Betriebes angeordnet. Diese Prüfungen liefen zur Zeit. Darüber hinaus habe er gegen Warenhortungen sehr scharfe Anordnungen erlassen. Nun komme das Überraschende: Sein Staatssekretär und er seinen doch Mitglieder der CSU. In allen übrigen Ländern des vereinigten Wirtschaftsgebietes gebe es nur SPD-Wirtschaftsminister und mit Ausnahme von Württemberg-Baden SPD-Ministerpräsiden ten.[11] In keinem dieser Länder, mit Ausnahme von Württemberg-Baden, seien so scharfe Bestimmungen gegen Warenhortung erlassen worden wie in Bayern. In der britischen Zone würden Waren in unvorstellbarem Ausmaß gehortet. Dort sei praktisch das Bewirtschaftungssystem zusammengebrochen. Die Industrie kümmere sich gar nicht mehr um die Wirtschaftsverwaltung. Uns treffe nur der Vorwurf, daß wir nicht genügend dafür gesorgt hätten, daß die Öffentlichkeit von unseren Maßregeln verständigt werde. Die Presse schweige unsere Maßregeln tot. Er werde am Schluß einen Vorschlag machen, wie die Staatsregierung von sich aus dazu übergehen müsse, hier Aufklärung zu schaffen. Unerhört sei die Forderung nach Beteiligung der Verbraucher bei der Verteilung. Die Gewerkschaften wüßten ganz genau, daß bei jedem Wirtschaftsamt und Regierungswirtschaftsamt Verbraucherausschüsse bestünden, welche in der Hauptsache von den Gewerkschaften besetzt seien. Die Gewerkschaften wollten aber die gesamte Verteilung in die eigene Hand bekommen, um sagen zu können, daß sie es seien, welche der Bevölkerung etwas gäben. Bezeichnend sei doch auch, daß die Gewerkschaften forderten, daß die gesamten Armeewaren über sie an die Bevölkerung verteilt werden sollten. Man werde sich überlegen, ob man für die Ausgabe von Bezugscheinen für Armeewaren eine Bestätigung verlange, daß der

10 Vgl. Anm. 5.
11 Dies ist unzutreffend. In Nordrhein-Westfalen war seit 17. 6. 1947 Karl Arnold (CDU) Ministerpräsident.

Betreffende in Arbeit stehe. Wenn er heute von den Fachverbänden eine vertrauliche Mitteilung fordern würde, welche Betriebe an Weihnachten an ihre Gewerkschaftsmitglieder Schuhe oder Gegenstände des täglichen Gebrauchs abgegeben hätten, kämen Zahlen heraus, die uns in Erstaunen setzen würden. Diese großen Mengen würden nicht von den Wirtschaftsämtern registriert. Es sei nicht etwa so, daß in diesem Jahr wenig ausgegeben worden sei. 1947 seien einschließlich der Januarzuteilung rund 3 300 000 Paar Lederschuhe ausgegeben worden. Das bedeute, daß jeder Dritte ein paar Lederschuhe hätte bekommen müssen. Er habe aber nichts bekommen, weil die Gewerkschaften den ganzen Ablauf der Warenverteilung gestört hätten. Dafür hätten manche 2 Paar bekommen. Das seien Dinge, die nicht nur den Gewerkschaften, sondern auch dem Volk deutlich gesagt werden müßten.

Staatsminister *Dr. Hundhammer* erklärt, bezeichnend sei der drohende Ton, in dem sich der anhebende Machtkampf ausdrücke. Die Gewerkschaften träten als revolutionäre Institution dem Staat gegenüber. Dieser Gefahr müsse man entgegentreten. Die Antwort, die man geben müsse, sei, daß zunächst die Öffentlichkeit darüber aufgeklärt werde, was durchführbar sei, unter Hinweis auf das, was schon durchgeführt sei und daß in Bayern das Land sei, das die Zügel noch am besten in der Hand habe. Man dürfe die Gefahr nicht zu gering einschätzen. Man müsse mit noch viel schärferen Situationen rechnen. Vielleicht sei es auch am Platz, allmählich der Besatzungsbehörde und dem Ausland gegenüber durchblicken zu lassen, daß nicht die Deutschen allein schuld seien, sondern auch Vorschriften und Maßnahmen, die von anderen Seiten getroffen worden seien: einerseits der Umstand, daß man die landwirtschaftlichen Überschußgebiete abgetrennt habe, in den Rest noch 10–12 Millionen hineingepreßt habe und daß man andererseits uns die Ergänzung unseres Versorgungswesens z.B. durch Walfischfang nicht in dem Umfang ermöglicht habe, wie wir es hätten durchführen können. Es werde durchaus notwendig sein, die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, daß nicht etwa Fehlmaßnahmen deutscher Stellen allein die Zuspitzung herbeigeführt hätten.

Stv. Ministerpräsident *Dr. Müller* führt aus, man müsse von zwei Punkten ausgehen:

1. Der Kampf der Gewerkschaften werde von weiterher gesteuert. Da seien wir leider schwach, aber auch die SPD. Soweit er unterrichtet sei, stehe zunächst dahinter eine Art Solidaritätserklärung mit den Gewerkschaften im Ruhrgebiet und das Bestreben, gewerkschaftspolitische Aktivität von links aufzufangen. Man glaube, wenn man selbst radikal werde, den Radikalismus steuern zu können.

2. Stehe seines Erachtens dahinter die Parteipolitik der SPD. Dort erkläre man, die Union habe die Verantwortung in Frankfurt und hier. Sie sei an dieser jetzigen Notlage schuld. Das sei eine unfaire Einstellung. Bezüglich der anderen Frage, nämlich eines gerechten Erfassungssystems, werde eine Diskussion nur weitergeführt, die auf unserer Seite nicht immer ganz geschickt geführt worden sei. Er schlage vor, nur ganz kurz Stellung zu nehmen. Man werde ja in der Landesversammlung die Möglichkeit haben, die Frage grundsätzlich zu behandeln und zwar in großer Öffentlichkeit.[12] Infolgedessen halte er es für zweckmäßig, wenn der Ministerpräsident jetzt in einem Brief nur ganz kurze Feststellungen treffe und dann im Laufe der Woche größere Erklärungen in der Öffentlichkeit abgebe. Er schlage vor, daß auch Staatsminister Dr. Seidel in der Landesversammlung ein Referat halte.[13] Er glaube nicht, daß die Gewerkschaften ernst machten. Es werde höchstens zu einem kleinen Demonstrationsstreik kommen, den man in Kauf nehmen müsse.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* erklärt, zunächst müsse man hervorheben, was schon geschehen sei, insbesondere auf dem Gebiet der Erfassung. Weiter müsse man hervorheben, daß auch die Verbraucher bei der Verteilung bereits eingeschaltet seien. Alle diese Maßnahmen seien in Bayern in weiterem Umfange getroffen

12 Gemeint ist Landesversammlung der CSU am 24./25. 1. 1948 in Marktredwitz. Die Gewerkschaften und der Generalstreik stellten ein zentrales Thema des Parteitages dar; vgl. das Protokoll in: *Die CSU 1945–1948* S. 1395–1531. Josef Müller wurde auf der Landesversammlung mit 348 von 447 Stimmen (bei 33 Enthaltungen) im Amt des Landesvorsitzenden der CSU bestätigt; vgl. ebd. S. 1498.

13 Referat des StMWi Seidel auf der Landesversammlung der CSU am 24./25. 1. 1948 in Marktredwitz über Wirtschaftspolitik; vgl. *Die CSU 1945–1948* S. 1500–1514.

als in anderen Ländern. Er frage, wer die Unterlagen für die Antwort liefern könne. Seiner Meinung kämen hiefür das Landwirtschaftsministerium und das Wirtschaftsministerium in Betracht.

Staatssekretär *Geiger* weist darauf hin, daß die unterschiedliche Erfassung der industriellen und gewerblichen Güter in und außerhalb Bayerns zu sehr ernsten Schwierigkeiten führen werde, wenn die Währungsreform komme.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* erwidert, daß man in dieser Richtung keinerlei Ausführungen machen könne.

Staatsminister *Dr. Kraus* erklärt, man dürfe bei der Beantwortung aber nicht so vorgehen, daß die Staatsregierung als Vollzugsorgan des Gewerkschaftsbundes dastehe.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* erwidert, man werde lediglich Feststellungen treffen, wobei stv. Ministerpräsident *Dr. Müller* hinzufügt, daß diese gegenüber der Öffentlichkeit getroffen würden.

Staatsminister *Dr. Ankermüller* fragt, ob die Staatsregierung überhaupt antworten oder ob nur durch die Pressestelle eine Erklärung abgegeben werden solle.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* erwidert, nachdem der Präsident des Gewerkschaftsbundes ihn angerufen und ihm einen Begleitbrief geschrieben habe, müsse man antworten. Man könne die Antwort so halten, daß sie zur Veröffentlichung geeignet sei. Für die ersten drei Punkte sollten Vorschläge vom Landwirtschaftsministerium und Wirtschaftsministerium gemacht werden, die bei Staatsminister Dr. Pfeiffer zusammenlaufen sollen. Dann erhebe sich die Frage, was man zu Punkt 4 machen solle.[14]

Staatsminister *Dr. Ankermüller* erwidert, das sei nicht einfach. Nach dem Gaststättengesetz[15] könne man eine Konzession nicht ohne weiteres zurücknehmen. Ein Nachweis für strafbare Handlungen sei schwer zu führen. Man könne nur eine Weisung hineinbringen, sichtbar durchzugreifen.

Staatsminister *Krehle* wiederholt, man solle die Gewerkschaften auffordern, bestimmtes Material vorzulegen.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* erklärt, man könne nur eines machen, daß das Innenministerium Weisungen zu strengen Prüfungen hinausgebe. Im übrigen sollten die Gewerkschaften doch die Lokale nennen.

Staatsminister *Dr. Seidel* hält dies für verkehrt. Jeder kenne doch diese Lokale. Man könne sie doch schließen; man brauche nicht nach Beweismaterial zu fragen.

Staatsminister *Dr. Kraus* erklärt, hier versage die Polizei.

Staatsminister *Dr. Ankermüller* fügt hinzu, daß er gar keine Weisungsbefugnis gegenüber der Polizei habe.[16]

Ministerpräsident *Dr. Ehard* erklärt, man habe schon vor vielen Monaten deswegen eine Besprechung gehabt. Pitzer[17] habe große Ausführungen gemacht, tatsächlich sei aber nichts geschehen. Er meine aber schon, daß gewisse Luxuslokale geschlossen werden sollten.

Staatsminister *Dr. Ankermüller* meint, ein Gesetzesvorschlag dauere zu lange.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* erwidert, die entsprechenden Gesetze seien ja bereits alle da.

Staatsminister *Dr. Seidel* erklärt, wenn in einer Gaststätte 1 Flasche Wein für RM 150.– verkauft werde, sei doch ein Preisverstoß gegeben, also müsse die Polizei durchgreifen.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* erklärt, entsprechende Weisungen seien schon lange gegeben, es geschehe aber tatsächlich nichts.[18]

Staatsminister *Dr. Ankermüller* führt aus, daß er zu Punkt 5[19] kurz berichten werde.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* fügt hinzu, daß bezüglich des Punktes 6 das Justizministerium sich äußern solle. Die Äußerungen werde man zusammenstellen und in der Form einer Erklärung an die Öffentlichkeit bringen.

14 Vgl. Anm. 5.
15 Gaststättengesetz vom 28. April 1930 (RGBl. I S. 146) und Vollzugsverordnung vom 12. September 1931 (GVBl. S. 251).
16 Dem StMI unterstand nur die Bayer. Landpolizei. Die städtischen Polizeien unterlagen kommunaler Hoheit; vgl. *Protokolle Hoegner* I Einleitung S. CIV
17 Zu seiner Person s. Nr. 1 TOP III.
18 Vgl. die auf den §§ 12 und 2 des Gaststättengesetzes beruhende Entschließung des StMI und des StMWi vom 19. 1. 1948 betr. Vorgehen gegen Luxusgaststätten und Schlemmerlokale, Bayer. Staatsanzeiger 24. 1. 1948; vgl. *Die Information* Nr. 2, 26. 1. 1948. Im Mai 1949 beriet der Finanzausschuß des Wirtschaftsrates den Entwurf eines Luxusgaststättengesetzes (StK 30701).
19 Vgl. Anm. 5.

Staatsminister *Dr. Pfeiffer* schlägt für die formale Erledigung vor, daß, da der Ministerpräsident heute Mittag noch wegfahren müsse,[20] er vorher noch einen Begleitbrief an Hagen unterzeichne, der nur aus zwei Sätzen bestehe. Diesem Begleitbrief solle dann die Stellungnahme der Staatsregierung beigelegt werden, die auf Grund der von den einzelnen Ministerien abzugebenden Äußerungen ausgearbeitet werde. Staatsminister Dr. Pfeiffer trägt hierauf den Gedankengang für eine solche Stellungnahme vor.[21]

Staatsminister *Krehle* schlägt vor, in diesem Zusammenhang nicht nur die Gewerkschaften, sondern die ganze Öffentlichkeit aufzufordern, bei der Feststellung gehorteter Waren mitzuwirken. Dies könne auch eine Aufgabe für die Betriebsräte sein.

Staatsminister *Dr. Seidel* befürchtet dann eine Denunziationswelle.

Staatsminister *Dr. Kraus* schlägt vor, daß in der Schlußformel nicht nur von der Mitarbeit der Gewerkschaft und des Bauernverbandes, sondern auch von den sonstigen Berufsvertretungen gesprochen werden solle.[22]

Ministerpräsident *Dr. Ehard* teilt noch mit, er habe soeben ein Telegramm bekommen, daß die niedersächsische Staatsregierung zugestimmt habe, daß die Selbstversorger der Bizone keine Butterrücklieferungen aus den Molkereien erhalten sollten. Als Bayern vorgeschlagen habe, daß die Selbstversorger auf 1 Ztr. Kartoffeln verzichten sollten, habe uns Niedersachsen nicht unterstützt.

Staatsrat *Dr. Niklas* berichtet über den Ablieferungsstand. Bei Brotgetreide habe man bis zum 31. Dezember 1947 75% des aufgetragenen Solls hereinbekommen sollen. Tatsächlich hereingebracht habe man 73%. Auch bei der Gerste habe man stark aufgeholt. Ungünstig sei die Entwicklung bei der Milcherfassung. Der Grund liege in der katastrophalen Futterlage. In großen Teilen Frankens habe man nicht mehr einmal Stroh zum Füttern, sondern nur noch Daxen.[23] Schlimm sei es auch bei der Ablieferung von Schlachtvieh, weil die Bauern das Vieh über die Währungsreform hinüberretten wollen. Es sei ganz ausgeschlossen, daß in den von der Dürre besonders schwer betroffenen Teilen Bayerns alles Vieh bis zur Grünfütterung durchgehalten werden könne. Bis Ende November sei die Ablieferung sehr gut gewesen. Seit 14 Tagen habe man wieder Zwangsumlagen durchführen müssen. Die Fettsituation sei folgendermaßen: Die Gewerkschaften hätten der Verminderung der Fettration für die 110. Periode zugestimmt. Schwierigkeiten gäbe es aber mit den Zulagen. Die gewerblichen und industriellen Zulagen sollten auch gekürzt werden. Technisch sei dies aber gar nicht mehr möglich, weil die Betriebe die Zulagekarten schon erhalten und ausgegeben hätten. Bayern müsse 1500 to Fett abgeben. Nachdem wir an und für sich 700 to schuldig seien, ergebe sich nur eine Mehrbelastung von 800 to.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* bezeichnet es als unmöglich, daß man in der 111. Zuteilungsperiode an die Normalverbraucher und auch an die Selbstversorger überhaupt kein Fett ausgebe.[24]

II. Kräutergarten Dachau[25]

Staatsminister *Dr. Ankermüller* führt aus, am letzten Samstag seien Beschlüsse über den Kräutergarten in Dachau gefaßt worden. Nun sei Auerbach bei ihm gewesen und habe sich sehr aufgeregt über die vom

20 Ehards Taschenkalender verzeichnet einen Termin um 13.30 Uhr in Frankfurt (NL Ehard 712). In dem im Büro des MPr. geführten Wochenkalender lautet ein weiterer Eintrag Ehards: „1/2 4 h amerik. Unesco“ (NL Ehard 711). Hauptgrund seiner Reise vom 19.-22. 1. 1948 nach Frankfurt waren Beratungen eines Ausschusses zur Schaffung eines Deutschen Obergerichts für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet, dem Ehard angehörte; vgl. *HB pol. Inst.* S. 215 sowie zum Fortgang Nr. 16 TOP II.

21 Vgl. die „Stellungnahme der Bayer. Staatsregierung zu den Forderungen des Bayer. Gewerkschaftsbundes vom 17. Januar 1948“ vom 19. 1. 1948 (StK 14741); Abdruck: Bayer. Staatsanzeiger 24. 1. 1948; Plakat mit dem Text der Stellungnahme der Staatsregierung in NL Pfeiffer 535. Der Text wurde auch am Abend des 19. 1. 1948 durch Radio München verbreitet; vgl. StK 14741.

22 Der Schlußabsatz der Stellungnahme der Staatsregierung (vgl. Anm. 21) lautete: „Die Bayerische Staatsregierung bedarf nach diesen Darlegungen durchaus keiner besonderen Ermahnung, sich über die Schlußfolgerungen aus den veröffentlichten Forderungen der Gewerkschaften klar zu werden. Eine Terminsetzung für ihre Antwort ist für die Regierung unannehmbar. Aber sie begrüßt jede Mitarbeit so großer Organisationen wie der Gewerkschaften, des Bauernverbandes und der sonstigen Berufsvertretungen der Industrie, des Handels und des Handwerks an der Überwindung der besonderen Notwochen, auf deren Herannahen um diese Jahreszeit die Bayerische Staatsregierung schon seit Monaten nicht nur das Bayerische Volk, sondern auch die Militärregierung mit tiefem Ernst und unter Anwendung aller in ihrem Zuständigkeitsbereich liegenden Maßnahmen mahnend aufmerksam gemacht hat.“

23 Zerkleinerte Äste und Zweige, besonders von Nadelhölzern; vgl. *Bayer. Wörterbuch* Bd. IS. 482 f.

24 Zum Fortgang s. Nr. 19 TOP IV.

25 Vgl. Nr. 12 TOP IX.

Kultusministerium der Dena übergebene Mitteilung.[26] Man werde sich mit der Sache noch einmal befassen müssen.

Staatsminister *Dr. Hundhammer* erwidert, die Mitteilung sei so hinausgegeben worden wie beschlossen worden sei.[27]

Stv. Ministerpräsident *Dr. Müller* erklärt, er habe die Veröffentlichung zurückstellen lassen. Der Grund sei der, daß man im Moment ein großes Durcheinander nicht brauchen könne. Er schlage vor zu veröffentlichen, daß die wissenschaftlichen Institute pachtweise zur Verfügung gestellt werden sollen, die Einnahmen der Betriebe sollten einer Stiftung für die Hinterbliebenen zugeführt werden. Eine nähere Regelung werde noch getroffen werden. Er halte es nicht für zweckmäßig, die Geistlichen, welche im Kräutergarten gearbeitet hätten, besonders zu erwähnen.

Nach längerer Diskussion wird folgender Beschluß gefaßt:

Soweit Teile der Deutschen Versuchsanstalt wissenschaftlichen Zwecken dienstbar gemacht werden können, sollen sie pachtweise der Universität überlassen werden. Die Erträge aus der Pacht und aus den werbenden Betrieben sollen den Hinterbliebenen von Lagerinsassen zufließen. Das Nähere wird noch geregelt werden.

Diese Erklärung soll zunächst der Dena und dann über das Informations- und Presseamt der Presse und dem Rundfunk mitgeteilt werden.[28]

Der Bayerische Ministerpräsident
gez.: Dr. Hans Ehard

Der Generalsekretär des
Ministerrats
gez.: Claus Leusser
Ministerialrat

Der Leiter der
Bayerischen Staatskanzlei
gez.: Dr. Anton Pfeiffer
Staatsminister

26 Vgl. Auerbach über StMI Ankermüller an MPr. Ehard, 19. 1. 1948 (StK 13645).

27 Vgl. die Vormerkung, 20. 1. 1948: „Der bayerische Ministerrat hat in seiner Sitzung vom 17. Januar beschlossen, daß die unter Kontrolle des Landesamtes für Vermögensverwaltung stehenden Anlagen der deutschen Versuchsanstalt in Dachau für Forschungs- und Lehrzwecke der Universität München nutzbar gemacht werden sollen. Mit der Anstalt sind außer dem erforderlichen landwirtschaftlichen Gelände für Versuchs- und Anbauzwecke auch sehr gut eingerichtete Laboratorien und technische Anlagen verbunden. Außerdem ist ein vollkommen betriebsfähiger, hochmodern ausgestatteter Hörsaal vorhanden. Insbesondere für das Studium der Arznei Wissenschaft und für Forschungen auf diesem Gebiete wird die in Deutschland einmalige Anlage von großem Werte sein. Das Kultusministerium wurde ermächtigt, mit dem Landesamt für Vermögensverwaltung und dem Finanzministerium die erforderlichen Verhandlungen zu führen. Die Finanzabteilung der Militärregierung von Bayern (Property Control) hat ihrerseits eine solche Regelung empfohlen. (Am 17. 1. 1948 16.30 Uhr unter Rufnummer 480249 an DENA gegeben, aber nicht veröffentlicht. In der Ministerratssitzung vom 19. 1. 1948 wurde eine andere Fassung festgelegt.)“ (MK 69846).

28 Abdruck der Erklärung in Bayer. Staatsanzeiger 24. 1. 1948. Vgl. auch SZ 3. 2. 1948. Der Landesvorsitzende der VVN Ludwig Schmitt protestierte im Namen der VVN gegen diese Entscheidung und forderte, den Kräutergarten Dachau den Verfolgten zur Verfügung zu stellen; vgl. Schmitt an Ehard 5. 2. 1948 (StK 13645). Zum Fortgang s. Nr. 20 TOP VII.